

Johannes Klare (Berlin)

Französische Sprachenpolitik und Sprachpolitik im europäischen Kontext

0. Europäische Sprachenpolitiker und Sprachpolitiker richten ihre Blicke immer wieder nach Frankreich: Es gilt als ausgemacht, dass die Franzosen ihrer Sprache und deren sprachpolitischer und sprachenpolitischer Absicherung stets besondere Beachtung geschenkt haben und heute in hohem Maße schenken. Sowohl die sprachenpolitischen als auch die sprachpolitischen Bemühungen in Frankreich behandeln die französische Sprache als eine nationale, als eine die gesamte Öffentlichkeit angehende Institution, als ein vor allem vom französischen Staat zu bewahrendes, zu verteidigendes und zu förderndes patrimoine culturel national, als ein nationales kulturelles Erbe, das des gesetzlichen Schutzes vor Ausgrenzung, vor Diskriminierung, vor Korrumptierung und vor fremder Unterwanderung bedarf. Es geht um die Erhaltung der valeur, des génie, der spezifischen Werte und Eigenart ja der Sonderart, der Weltgeltung der französischen Sprache. Dabei ist der französische Staat – l'Etat – in besonderem Maße gefordert. Dieser Staat ist zentralistisch durchorganisiert; von der Hauptstadt Paris aus bis in die entlegensten Orte des Landes, der France rurale et profonde, wird geplant, regiert und entschieden in allen Bereichen der Politik, der Wirtschaft, der Kultur, der Bildung und Erziehung und insbesondere auch in Fragen der Sprache und der Sprachen.

1. Die Tendenzen zur Zentralisierung wirken seit Jahrhunderten; sie betreffen die Nationalsprache uneingeschränkt. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hat sich das Französische in diesem zentralistischen Staat und in großen Teilen Europas den Rang eines universalen Kommunikationsmittels, einer Weltsprache, erworben. Den Concours um die 1782 gestellte Preisfrage der von Leibniz 1700 gegründeten und das Französische – und nicht mehr das Latein oder gar die Landessprache Deutsch – als Verhandlungssprache bevorzugenden Berliner Akademie der Wissenschaften nach der Bestimmung der Ursache für die Weltgeltung und die Vorrangstellung des Französischen – es wurden 21 Antworten anonym eingereicht – gewinnt Antoine de Rivarol (1753-1801). Rivarols Antwort ist der nur zwanzig Quartseiten füllende „Discours sur l'universalité de la langue française“, der einschlägige Arbeiten sowohl der rationalistischen als auch der sensualistischen Sprachdiskussion innerhalb der französischen

Aufklärung in sich aufgenommen hat. Aber schon in seiner Antwort auf die dritte Teilfrage der Berliner Académie royale des sciences et des belles-lettres – „Bleibt die Vorrangstellung des Französischen auch in Zukunft erhalten?“ lautete sie – scheint Rivarol zu ahnen, dass Konkurrenten erwachsen werden, dass Gefahr droht von der monde britannique, dass auch das Französische – wenige Jahre vor Ausbruch der Französischen Revolution – Krisensituationen ausgesetzt sein könnte. Auch der zweite Preisträger, der der Berliner Akademie ausführlich auf 101 Seiten in Folioformat geantwortet hatte – es ist der Stuttgarter Professor Johann Christoph Schwab (1743-1821), der Vater von Gustav Schwab aus dem Schwäbischen Dichterkreis – stellt fest, dass die Bedeutung anderer europäischer Sprachen unaufhörlich wächst. Schwab fragt sich bereits, ob es in Zukunft für die internationalen Beziehungen nötig ist, die Sprache jeder Nation zu kennen. Dazu reiche aber ein menschliches Leben nicht aus. Daher müsse das Französische seine *prérogative*, seine Vorrangstellung also, bewahren. Dennoch meint Schwab, diese Sprache könne wohl auf Dauer nicht die einzige Sprache in Europa bleiben. Sinnvoll wäre es, dass jedes Volk in Europa zwei Sprachen kenne, nämlich die seinige und eine *langue universelle*, vorerst noch immer das Französische.

Es wachsen also Konkurrenten heran. Die Vorbildgeltung Englands im Politischen wie im Ökonomischen, im literarischen wie philosophischen Diskurs des Empirismus und Sensualismus, der dem französisch geprägten Rationalismus Descartes' entgegenwirkt, hatte schon im 18. Jahrhundert und dann verstärkt im 19. Jahrhundert den massenhaften Einbruch von Anglizismen bewirkt. Der französische Sprachpurismus errichtete bereits hier Barrieren gegen diese ersten Wellen der Anglomanie. Für die Sprachpuristen des ausgehenden 19. Jahrhunderts befindet sich das Französische wegen des ungezügelter Einfluss und wegen des Einbruchs der umgangssprachlichen Mündlichkeit in die Schriftlichkeit in einer Krise. Die bislang weitgehend noch unangefochtene Weltgeltung der französischen Sprache sei nunmehr ernsthaft bedroht. Das Schlagwort von der *Crise du français* beherrschte bald für mehrere Jahrzehnte die sprachpuristische Debatte, hinter der die 1635 von Louis XIII. und Richelieu gegründete Académie française immer gestanden hat.

2. In das Jahr 1883 fällt in Paris die Gründung einer sehr aktiven Institution, die sich der Verbreitung und Pflege der französischen Sprache und Kultur, aber auch der Förderung der politischen Interessen Frankreichs im Ausland verschrieben hat, nämlich der Alliance Française. Diese Allianz besitzt jetzt, am Ausgang des 20. Jahrhunderts, weltweit 1083 comités und 800

centres d'études; sie wurde auch zum Vorbild für das 1932 in Deutschland gegründete Goethe-Institut, für den seit 1935 bestehenden British Council und den Instituto Cervantes, der in Spanien seit 1991 aktiv ist. In Portugal folgt den Spuren der Alliance Française der Instituto Camões, der 1992 die Arbeit aufnahm.

Die Alliance Française erfüllte und erfüllt bis heute zweifellos auch Aufgaben in Richtung auf die Festigung der französischen überseeischen Gebiete. Im 19. Jahrhundert hatte Frankreich ein weltweites Kolonialreich in Nord- und Mittelafrrika, in Indochina und Ozeanien erobert, das nach den Zweiten Weltkrieg im Zuge der Schläge und Siege der nationalen Befreiungsbewegungen fast völlig zusammenbrach.

3. Nach dem Zusammenbruch des Kolonialsystems hat Frankreich dann 1960 immer massiver versucht, seinen politischen, ökonomischen, sprachlichen und kulturellen Einfluss auf die ehemaligen Besitzungen zu erneuern. Das seit Anfang der sechziger Jahre entwickelte Francophonie-Konzept suggeriert nicht mehr nur eine sprachlich verstandene Einheit, sondern eine Werte- und Kulturgemeinschaft.

Dieses Konzept wird getragen von mehr als 300 offiziellen, halboffiziellen und privaten Organisationen und Verbänden. Zu ihnen gehört beispielsweise der seit 1984 wirkende Haut Conseil de la Francophonie, der dem französischen Staatspräsidenten direkt unterstellt ist.

Von besonderer Bedeutung ist auch der Haut Comité pour la défense et l'expansion de la langue française, der schon im Jahre 1966 unter dem Patronat des damaligen Ministerpräsidenten Georges Pompidou seine Arbeit aufnahm. Im Jahre 1983 umbenannt in Commissariat Général de la langue française erfolgt 1989 erneut seine Umbenennung in Délégation Générale à la langue française. Im Internet ist diese wichtige sprachpolitische Institution erreichbar unter www.culture.fr/culture/dglf/garde.htm

4. Im Zusammenhang mit der Francophoniediskussion und der Bewahrung der privilegierten Position des Französischen innerhalb der Weltsprachen wurde, allerdings relativ schüchtern, das Konzept der Schaffung eines Français universel entwickelt. Die nationalen Varianten des Französischen in Kanada (Québec), in Belgien, in Luxemburg und in der Suisse Romande sollten Einfluss gewinnen auf die Normsetzungen. Paris sollte die präskriptiven Normen des Französischen nicht mehr allein bestimmen. In der praktischen Durchsetzung dieser plurizentristischen Einsicht tut man sich indessen bis heute sehr schwer. Zu verweisen

wäre beispielsweise auf die aktuelle Diskussion um die Feminisierung von Berufs- und Funktionsbezeichnungen. Das Französische des kanadischen Bundesstaates Québec mit einer räumlichen Ausdehnung wie Westeuropa und seinen 6,5 Millionen Einwohnern und nach Frankreich die zweitgrößte francophone Sprachgemeinschaft der Welt, die nach der sich hier in den sechziger Jahren vollziehenden Révolution tranquille auch sprachlich immer selbstbewusster geworden ist, hat Formen sanktioniert wie une professeure, une auteure, une écrivaine, une académicienne, une présidente oder une mairesse. Vor diesen Bezeichnungen scheut Paris noch immer zurück. Selbst die vom damaligen Premierminister Laurent Fabius unterzeichnete „Circulaire du 11 mars 1986 relative à la féminisation des noms de métier, fonctions, grade ou titre“, die sich grundsätzlich für feminisierte Bezeichnungen einsetzt, übergeht mit Verschweigen diese gelungenen francokanadischen Vorschläge. Noch im Oktober 1997 kämpfen die Frauen im Kabinett des jetzigen sozialistischen Premiers Lionel Jospin um die Zulassung der Anrede Madame la ministre statt des traditionellen Madame le ministre. Am 8. März 1998 musste Lionel Jospin ein Machtwort sprechen, um die feminisierte Form endlich in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Der seit 1986 amtierende Secrétaire perpétuel der Académie Française, Maurice Druon, hatte noch am 15. Juli 1997 in einem Artikel in „Le Figaro“ für die drei Frauen, die Mitglied der Akademie waren bzw. noch sind, ultimativ die Anrede Madame l'Académicien gefordert. Gleiches wurde für die Ministerinnen, also Madame le Ministre, verlangt. Man darf gespannt sein, wie sich die Anredeproblematik in Zukunft entwickeln wird, denn am 21. Oktober 1999 hat die Académie erstmals in ihrer 364jährigen Geschichte eine Frau an ihre Spitze gewählt als secrétaire perpétuel (oder perpétuelle?). Es ist die Historikerin und Russlandspezialistin Hélène Carrère d'Encausse, die ab 1. Januar 2000 Maurice Druon (geb. 1918) aus Altersgründen ablösen wird.

5. Insgesamt gesehen haben wir also festgestellt, dass Frankreich und auch das Prestige der französischen Sprache vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg sprachpolitisch und sprachpolitisch Verlustpositionen zu beklagen haben. Echte oder vermeintliche Bedrohungen für die Geltung der französischen Sprache, für deren Ordnung (ordre) und deren Reinheit (pureté), für deren Klarheit (clarté) und Präzision (précision) gingen und gehen nach 1945, wie wir noch sehen werden, auch von der massiven Präsenz der USA in Westeuropa und weiteren Teilen dieses Kontinents aus. Die militärische, ökonomische, technologische und nicht zuletzt sprachliche sowie zivilisatorische Dominanz der US-Amerikaner und des American way of life

wurden seit Beginn der sechziger Jahre von vielen Franzosen als lästig empfunden. Daran hat sich bis heute relativ wenig geändert. Lautstarker Wortführer dieser nicht nur linken Gruppierungen war René Etiemble, der 1964 das programmatische, inzwischen weltbekannte Pamphlet *Parlez-vous Franglais?* vorgelegt hat. In satirischer Übertreibung geißelt Etiemble die Unterwanderung aller Sprachebenen des Französischen durch die Angloamerikanisierung. Er kritisiert scharf den Snobismus, der kritiklos und servil das Fremde übernimmt und das Eigene unterschätzt.

Der Kampf gegen die Infiltrierung von Angloamerikanismen betraf vor allem die Fachwortschätze. Eine wichtige Rolle bei der Schaffung französischer Äquivalente und bei der Terminologienormierung sowie bei der Vorbereitung von Erlassen (*Circulaires*) der verschiedenen französischen Fachministerien spielt der Conseil International de la langue française (CILF), der schon 1968 ins Leben gerufen wurde. Durch ein Dekret des Staates und unter Mitwirkung des CILF wurden ab 1972 in den Ministerien Terminologie-Kommissionen wirksam, die seit 1996 *Commissions spécialisées de terminologie et de néologie* heißen. Diese Kommissionen haben inzwischen Tausende von Ersatzwörtern vorgeschlagen, aber nur relativ wenig in den französischen Fachwortschätzen durchgesetzt.

6. Auch hinter diesen Bemühungen steht der französische Staat. Der Etat greift in konsequenter Fortsetzung der seit 1539 (Spracherlass von François Ier), 1635 (Gründung der Académie française) und 1793 (Sprachgesetzgebung der Französischen Revolution) geübten Praxis direkt und bewusst in die Auseinandersetzung um die französische Sprache, Wissenschaft, Kultur und Bildung ein. Erlassen werden immer wieder verschiedene lois, also Gesetze, aber auch décrets, arrêtés und circulaires. Ein Meilenstein auf dem Wege gesetzlicher Eingriffe war das vom Ministerrat am 31. Dezember 1975 erlassene Sprachgesetz, das nach seinen beiden parlamentarischen Anregern benannt worden ist: die Loi relative à l'emploi de la langue française = die Loi Bas-Lauriol. Dieses Gesetz reglementierte sprachlich nicht nur den staatlichen Bereich, sondern auch den nichtstaatlichen in Bezug auf Sanktionen gegen fremdes Wortgut in öffentlichen Aufschriften, Verträgen, Gebrauchsanweisungen, Werbetexten, Garantieurkunden, Stellenanzeigen und Arbeitsverträgen. Die Wirkung dieses Sprachgesetzes blieb trotz der angedrohten Strafen eher bescheiden. Dies führte 1994 zu der Neuformulierung des Gesetzes.

Das neue Sprachen- und Sprachgesetz wurde vom damaligen Ministre de la Culture et de la

Francophonie, der seit dem 30. März 1993 dieses Amt bekleidet – von Jacques Toubon – , in die Assemblée Nationale und in den Sénat als Projet de Loi eingebracht. Nach längerer, höchst kontrovers geführter Debatte im Parlament und in der Öffentlichkeit wurde das Gesetz am 4. August 1994 erlassen. Diese Loi Toubon wurde in hohem Maße beeinflusst von der am 25. Juni 1992 erfolgten Veränderung des Artikels 2 der 1958 verkündeten Constitution de la République Française. Die Loi constitutionnelle vom 25. Juni 1992 verlangt den Zusatz: « La Langue de la République est le français ». Wir werden gleich sehen, dass diese Verfassungsänderung direkte Folge der Verträge von Maastricht und damit der Europapolitik gewesen ist.

7. Ein Zweck der Loi Toubon von 1994 bleibt neben anderen noch zu nennenden Zielstellungen durchaus auch die weitere Eliminierung von angloamerikanischen Einflüssen aus dem öffentlichen Sprachgebrauch. Jürgen TRABANT (1995, 178) indessen vermutet zu Recht, dass dieses Sprachgesetz „über diese Abwehr der fremden Wörter hinausweist“ und „damit ein bedeutenderes kulturpolitisches Problem im Zusammenhang mit dem Fremden in den Blick bekommt“. Zudem fordert dieses Gesetz durchaus keine kulturpolitische Selbstverständlichkeit, wenn es verlangt, dass in Frankreich auf von französischen Wissenschaftlern oder von öffentlichen, also nicht privaten Institutionen organisierten Kongressen das Französische als Kongresssprache nicht ausgeschlossen werden darf.

Der 1989 durch das weltberühmte Institut Pasteur ausgelöste Schock, seine Publikationen nur noch in englischer Sprache vorzulegen, ist somit zumindest teilweise überwunden. Erahnt wurden in Frankreich die äußerst negativen Folgen, die eintreten können, wenn eine Sprachgemeinschaft es zulässt, Bemühungen um die Förderung der eigenen Muttersprache in den Wissenschaften zu vernachlässigen oder gar einzustellen zugunsten einer „sprachlichen Weltmonokultur“, wie es der Münchner Ordinarius Konrad EHLICH (1996) treffend formuliert hat. Problematisch wären auch alle Vorstöße an den Universitäten und Hochschulen in Europa unter Verweis auf das Argument, den Studentenaustausch zu entwickeln, Englisch als Unterrichtssprache zu stärken. Ein solcher Vorstoß wurde beispielsweise 1990 für die niederländischen Universitäten vom damaligen niederländischen Kultusminister unternommen. Massiver Protest hat das in den Niederlanden bislang verhindert. Dies sollten wir in unserem Land wohl beachten, wo immer wieder solche Vorstöße an den Universitäten registriert werden, so etwa der Mathematiker an der Universität Göttingen, die sich anschicken, ihre

Vorlesungen in Englisch abzuhalten. Der deutschen Wissenschaft im europäischen Diskurs würde damit eher ein Bärendienst erwiesen. Sicher scheint doch immer noch, dass ausländische Studierende wohl nicht an deutsche Universitäten kommen, um englischsprachige Vorlesungen und Seminare zu absolvieren und um englischsprachige akademische Grade wie Bachelor oder Master oder PhD („pi eitsch di“) zu erwerben. Es sollte dabei bleiben, dass die zahlreichen ausländischen Studierenden an deutschen Universitäten und Hochschulen, wenn sie in ihre Heimatländer zurückkehren, unsere Sprache, unsere Fachsprachen und unsere geistigen und materiellen Produkte sowie unsere durch die gemeinsame europäische Universitätstradition etablierten Grade Baccalaureatus oder Magister (Magistra) oder Doctor mitnehmen und damit für unser Land beste Werbung betreiben und damit als Multiplikatoren für unsere Wissenschaften in Europa und in der Welt wirksam werden.

Frankreich hat sich auf diesem Sektor eindeutig entschieden: Außerhalb der fremdsprachlichen Philologien bleibt an den Hochschulen das Französische „langue de l'enseignement, des examens et concours, ainsi que des thèses et mémoires“ (Artikel 11 der Loi Toubon).

8. Das Sprachgesetz von 1994 weist ferner – und das betont Jürgen TRABANT (1995) zu Recht – auf die Rolle hin, die das Französische als europäische Sprache im Kontext der anderen großen Sprachen Europas in der Zukunft des vereinten Europas zu spielen hat. Jacques Toubon hatte sich in der Debatte in der Assemblée Nationale vom 3. Mai 1994 ausdrücklich gegen den Vorwurf verwahrt, er betreibe sprachlichen Nationalismus und blockiere mit seinem Gesetzesentwurf die europäische Idee und die europäische Einigung. Es gehe ihm gerade um den Platz Frankreichs und seiner Sprache in diesem vielsprachigen Europa. Toubon betont, dass „la défense de la langue française n'est pas un objectif contradictoire avec une politique de construction européenne ... au contraire Ce que nous préconisons en fait, c'est pour la France, mais aussi pour l'Europe et le monde, le pluralisme et l'harmonie par le plurilinguisme“ (Débats parlementaires 1994: 1359-1371, zit. nach BRASELMANN (1999: 9-10). Trotz der unterschwellig auch im Gesetz von 1994 vorhandenen Tendenz, „einen Gegenpol zur angloamerikanischen Supermacht zu schaffen“, wie es Petra BRASELMANN (1999: 15) genannt hat, und obwohl ein angloamerikanisch dominiertes vereintes Europa kein wahrhaftiges Europa sein könne – wie es Jacques Toubon im März 1994 auf der X. Session des Haut Conseil de la Francophonie unter dem Tagungsthema L'Europe et langue française schon selbst formuliert hat – werden in der

heutigen französischen Sprachpolitik und Sprachenpolitik ohne großes Aufsehen die bislang vorherrschenden defensiven Positionen verlassen. Jetzt geht es für nicht wenig auf einer höheren Ebene erneut „um die französische Sprache als Staatsaffaire, also darum, die große Tradition der Aktivitäten des Staates bezüglich des Französischen weiterzuführen“ (TRABANT 1995: 181). Gefragt ist jetzt die Offensive, um den Platz des Französischen in der nationalen und europäischen Diskurswelt aufrecht zu erhalten, zu bewahren und sicher auch um neue Domänen zu erobern. Der erste Satz der Loi Toubon ist dafür symptomatisch. Es wird ausdrücklich verwiesen auf die bereits erwähnte 1992 erfolgte Erhebung der französischen Sprache in den Verfassungsrang. Demzufolge heißt es zwei Jahre später im ersten Artikel des vom Staatspräsidenten François Mitterrand verkündeten Sprachgesetzes ausdrücklich: „Langue de la République en vertu de la Constitution, la langue française est un élément fondamental de la personnalité et du patrimoine de la France“. Und am Ende des Gesetzes von 1994 heißt es dann nachdrücklich: „La présente loi sera exécutée comme loi de l'Etat“. Schon auf der oben erwähnten X. Session des Haut Conseil de la Francophonie wurde deshalb im März 1994 gefordert: „La langue française doit demeurer une langue de communication internationale de premier plan«. Und so steht es auch in den Débats parlementaires 1994: 1366 (zitiert nach BRASELMANN 1999: 10).

9. In den Beratungen der Französischen Nationalversammlung zu diesem Sprachgesetz wurde – und dies galt als ein Fortschritt gegenüber dem Sprachgesetz von 1975 – zugesichert, dass das neue Gesetz sprachpolitisch nicht gerichtet sei gegen die sogenannten langues régionales, also die mindestens sieben Minderheitssprachen auf französischem Territorium. Es ging also um das Baskische, Bretonische, Okzitanische, Korsische, Katalanische, Deutsche und Flämische, jedoch wiederum nicht um die zahlreichen Sprachen, die Hunderttausende von Immigranten aus Afrika, Asien und überseeischen Gebieten nach Frankreich mitgebracht haben.

Für den Gebrauch der sieben Minderheitssprachen in der französischen Öffentlichkeit und vor allem in der Schule, für die Ausweitung ihrer Kommunikationsfunktionen hatte die bekannte Loi Deixonne vom 11. Januar 1951 und die Circulaire Savary von 1982 sowie die Regionalreform von 1982/83 (Defferre-Reform – Gaston Defferre war zwischen 1981 und 1984 Innenminister) einige Verbesserungen gebracht.²⁶

²⁶ Im Jahre 1967 organisierte zum Beispiel die Fondation Culturelle Bretonne (Emgleo Breiz) eine „grande petition populaire“ mit folgenden Forderungen an die Regierung in Paris: „obtenir la reconnaissance des droits

Doch eine grundsätzliche Änderung der französischen Sprachenpolitik stand bis 1995 noch aus.

10. Seit 1995 beginnt sich jedoch die Situation auch in Frankreich zu verändern. Die bedeutsame „Charte du Conseil de l'Europe sur les langues régionales ou minoritaires“ wurde im Jahre 1992 von dem 1949 geschaffenen und in Strasbourg ansässigen Europarat – der heute 40 Mitglieder umfasst – verabschiedet. Im März 1998 trat die Charta in Kraft. Der Deutsche Bundestag hat diese Charta übrigens schon im Mai 1998 ratifiziert. Damit wurde in Deutschland das Dänische, das Obersorbische und das Niedersorbische sowie das Nordfriesische und das Saterfriesische und auch das Romanes der deutschen Sinti und Roma völkerrechtlich geschützt. Mit Hilfe der Europarats-Charta wird das Zurücktreten oder gar das Aussterben dieser Sprachen möglicherweise gestoppt, eingedenk der Warnung des großen mexikanischen Literatur-Nobelpreisträgers Octavio Paz:

„Mit jeder Sprache, die ausstirbt, wird ein Bild des Menschen ausgelöscht“ (vgl. HENDRICH 1997). Octavio Paz (1914-1998) wusste, wovon er sprach. In Mexiko leben von den ca. 125 Sprachen, die zur Zeit der spanischen Eroberung Mexikos (1519 bis 1521) von amerindischen ethnisch-kulturellen Gruppen gesprochen wurden, heute nur noch 56; vielen von diesen droht ebenfalls der Sprachtod. Ein wesentlicher Teil der Identität von Völkern geht damit für immer verloren.

Frankreich ließ sich jedoch noch Zeit mit der Ratifizierung der Europarats-Charta. Erst am 7. Mai 1999 erfolgte in Budapest zunächst die Paraphierung durch die Französische Republik. Die Abzeichnung nahm übrigens die französische Kulturministerin Catherine Trautmann vor, sie stammt aus dem Elsaß und war ehemals Bürgermeisterin von Strasbourg. Frankreich war der 19. Staat, der die Charta abgezeichnet hat. Von diesen 19 Staaten haben erst 8 die Charta bereits ratifiziert, was bis heute in Frankreich aussteht. Vorgesehen ist die französische Ratifizierung für Anfang des Jahres 2000. Es ist nun keineswegs zufällig, dass es in Frankreich von verschiedenen Seiten zum Teil erhebliche Einwände gegen die Ratifizierung durch die französische Nationalversammlung gibt. Hier stehen sich noch unversöhnlich gegenüber die sogenannten régionalistes, die die sprachliche und kulturelle Diversität für Frankreich ausdrücklich befürworten, und die souverainistes, die angesichts des Artikels 2 der

de la langue et de la culture bretonnes par l'enseignement du breton et de la civilisation de Bretagne, la création d'émissions bretonnes à la télévision et l'élargissement des programmes bretons à la radio“ (ABALAIN 1998: 120). Die Wirkung der Petition ist bis heute eher bescheiden geblieben.

französischen Verfassung großen Schaden für das Französische als Nationalsprache voraussehen. Interessanterweise entstammen diese souverainistes sowohl rechten als auch linken politischen Lagern. Die Europarats-Charta umfasst insgesamt 98 Artikel. Jeder Unterzeichnerstaat muss mindestens 35 davon akzeptieren und übernehmen. Frankreich hat sich bei der Abzeichnung auf 39 Artikel festgelegt (vgl. „Libération“ vom 5.7.1999; „Le Figaro“ vom 7.12.1998, wo der Philosoph Guy Coq gegen die Charta argumentiert). Die Charta befürwortet neben anderen nachdrücklich Marc Censi, Président du Haut Conseil national des langues régionales de France (vgl. „Le Figaro“ vom 21.6.1999). Selbst der französische Staatspräsident Jacques Chirac, der seit 1995 im Amt ist, hat offenbar gravierende Einwände gegen die Ratifizierung der Charta durch Frankreich. Das Pariser Verfassungsgericht hat – von Jacques Chirac angerufen – am 15. Juni 1999 Teile der Charta für nicht konform mit der Constitution Française erklärt. Nach Meinung des Gerichts verletze die Charta wegen der Gewährung spezifischer Rechte an die Sprechergruppen von Minderheitensprachen die Verfassungsprinzipien der Unteilbarkeit der Republik, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Einheit des französischen Volkes. Von den Minderheiten und ihren Sprachen sollen Gefahren ausgehen für „das unvergleichliche Kunstwerk französische Sprache“, wie sich Jean-Marie Rouart, Mitglied der Académie Française, vernehmen ließ. Rouart meint ferner: „In einem Augenblick, da unsere Sprache durch angelsächsische Ausdrücke bastardisiert wird, wird sie von innen ausgehöhlt, weil sie mit örtlichen Dialekten in Wettbewerb treten muß“ (vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 8.7.1999). Ein entschiedener Gegner der Charta und einer geplanten Veränderung des Artikels 2 der französischen Verfassung (die Lionel Jospin für durchaus möglich hält) ist auch der Innenminister J.P. Chevènement; für ihn käme eine Verfassungsänderung, die die Minoritätensprachen gleichberechtigt neben das Französische stellen würde, einer Balkanisierung Frankreichs gleich („une révision constitutionnelle reviendrait à balkaniser la France“).

Wie wir schon andeuteten, stellen für den sozialistischen Premierminister Lionel Jospin die langues minoritaires in Frankreich schon längst keine Bedrohung der nationalen Einheit mehr dar; sie seien vielmehr ein Reichtum des patrimoine culturel national. Im übrigen stellten mehrere verfassungsrechtliche Gutachten fest, dass die Charta keine individuellen Minderheitenrechte begründe, sondern nur Schutzrechte für die jeweiligen Sprachen. Der seit 1958, also seit Instituierung der V. Französischen Republik, bestehende Conseil constitutionnel bleibt jedoch bislang bei seinen ablehnenden Positionen. Ein weiteres Argument

gegen die Annahme der Charta durch Frankreich führt der député de Paris und Président délégué du Mouvement des citoyens (MDC), also der französischen Bürgerbewegung, an. Für den Präsidenten der MDC, Georges Sarre, gilt: « Cette Charte porte un mauvais coup à la francophonie, car l'hégémonie de l'anglais ne pourra être contenue que par un effort massif en faveur du français » (vgl. „Libération“ vom 15.6.1999, S. 10). Im übrigen schade die Charta der Republik und vor allem auch der Integration von Franzosen ausländischer Herkunft, deren Integration allein über das Französische erfolgen könne. Dennoch wachsen die Anstrengungen national und international, um Frankreich zur Ratifizierung der Charta zu bewegen. So hat die aus Belgien stammende neue Kommissarin der Europäischen Kommission bei ihrer Befragung am 2. September 1999 vor dem Brüsseler Europaparlament betont, dass sie wachsam bleiben werde in bezug auf die Beförderung der Regionalsprachen, also der Minderheitensprachen, in Europa. Sicher ist es nicht zufällig, dass sich das belgische Mitglied der Europäischen Kommission solcherart geäußert hat.

11. Kehren wir noch einmal zurück zum Sprachgesetz von 1994. Auch die Loi Toubon hatte in den französischen Medien kontroverse Debatten ausgelöst. Jacques Toubon musste mehrfach in die Kontroversen in den audiovisuellen Medien und in den Printmedien eingreifen. Unter anderem schrieb er einen Artikel in „Le Monde“ vom 24. Februar 1994 unter der Überschrift L'esprit des langues (vgl. TRABANT 1995: 199-201). Dort stelle Toubon nachdrücklich fest, dass das alte Sich-Gefallen „dans le purisme ou de faire la chasse aux emprunts étrangers“ eigentlich obsolet geworden ist. Toubon regte an, dass sich das Französische öffnen und bereichern müsse auch durch Übernahmen von außen; jedoch unter der Bedingung, dass diese Elemente korrekt an die Struktur des Französischen angeglichen werden, also ihren Charakter als Fremdkörper verlieren. Aber auch von unten müsse die Bereicherung stattfinden, also aus den Sprachvarietäten der langue populaire bis hin zu den Sprachformen der Randzonen, der banlieues der Großstädte, in denen Immigranten schon oft die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Alles das ist für Jacques Toubon weitgehend ungefährlich. Die wirkliche und weit dramatischere Gefahr sei indessen die „propension facile à renoncer la langue nationale“, also der leichtfertige und servile Hang zum Verzicht auf den Gebrauch der eigenen Muttersprache in verschiedenen Diskursdomainen und Kommunikations- und Gesprächssituationen, die das Angloamerikanische sich zu erobern im europäischen Bereich anschickt. Es könne somit keinesfalls zugestimmt werden, dass sich das

Angloamerikanische als d i e lingua franca, als

d i e internationale, intereuropäische Verkehrssprache, als d i e global language in der Europäischen Union allein etabliert zu Lasten der anderen großen Sprachen innerhalb der EU. Als lingua franca muss das Englische allerdings auch Verlustpositionen in Kauf nehmen, denen übrigens jede lingua franca unterworfen ist (Grundsätzliches zur Wort- und Sachgeschichte von lingua franca liefert Volker NOLL 1999). Sie verarmt syntaktisch und lexikalisch, von schmerzlichen phonetischen (orthoepischen) Defiziten ganz zu schweigen. Dies wird von sprachbewussten, auf Sprachpflege orientierten Engländern schon des öfteren beklagt. Es entsteht nämlich das, was unter dem Stichwort Europeak, Eurojargon oder Eurotalk verbucht worden ist (vgl. DEBUS 1996: 13).²⁷ Den native speakers des Englischen graut es immer öfter vor diesem pseudoenglischen Kauderwelsch, das meist schnell verstummt, wenn sich „authentische“ Engländer diesen kommunizierenden Gruppen oder Grüppchen nähern.

Das Sprachgesetz von 1994 hat also bewirkt, dass in Frankreich Ende der neunziger Jahre von nicht wenigen Instanzen Ansätze zum Verlassen ausgetretener Pfade der Sprachpolitik unternommen werden. So ist der Direktor des in Nancy wirkenden Instituts National de la langue français (INALF), Bernard Cerquiglini, gegen die konservative Sprachpolitik, er plädiert als Sprachwissenschaftler für die Öffnung und die Weiterentwicklung der französischen Sprache. (vgl. „écoute“ 7/2000, S. 48). Abseits steht jedoch noch immer die seit 1635 wirkende Académie Française. Ihr Wörterbuch, das seit 1986 in neunter Auflage in Lieferungen erscheint, und die unregelmäßig publizierten Communiqués de mise en garde der 40 Unsterblichen der Académie, die immer wieder (Ver)Warnungen vor sprachlichen, sprachpolitischen und sprachenpolitischen Missgriffen aussprechen (Jutta LANGENBACHER 1980 hat sie für den Zeitraum 1964 bis 1978 näher untersucht), atmen noch immer den Geist der Defensive, des rückwärtsgewandten Purismus. Das Neue und das Fremde, die auf Frankreich unaufhörlich einströmen, werden weiterhin von der Académie global abgewehrt. Harald WEINRICH (1995: 169) hält deshalb wohl zu Recht die Vermutung für falsch, dass hinter dem Sprachgesetz von 1994 die Académie Française gestanden

²⁷ Das nahezu unerträgliche Gemisch zwischen Deutschem und Angloamerikanischem wird 1999 vor allem im Bereich der Deutschen Bahn AG von dem im November 1997 an der Universität Dortmund gegründeten „Verein zur Wahrung der deutschen Sprache“ kritisiert; üble „Sprachpanscher“ werden jeden Monat zur Ordnung gerufen. Die Losung des Vereins lautet: „EUROPA ist unser Haus und DEUTSCH unsere Sprache“ (vgl. FRANK 1999: 44 ff.). In den Bahnhöfen geistern noch immer solche Ungetüme wie Mc Clean für die Bahnhofstoiletten oder silence room, db-lounge, park and ride in den Aufschriften herum. Die Post wirft um sich mit CityCall, Service Point usw. Hinter diesen Ungetümen steht offensichtlich mangelnde deutsche Kreativität und modisches Getue; Englisches wird mit der deutschen Syntax zusammengeklebt. Der Verein hatte im September 1999 schon 7000 Mitglieder, die sein Aktionsprogramm unterstützen. Im Jahr 1998 hatte die Deutsche Telekom den Sprachpanscher-Preis für ihre sprachlichen Missgriffe erhalten.

hätte. Die Quarante Immortels haben sich bisher weder für noch gegen dieses Gesetz ausgesprochen. Angesichts der nach wie vor defensiven Grundeinstellung der Académie laufen die von uns mit Jürgen Trabant als offensiv eingeschätzten Passagen der Loi Toubon den Intentionen der Académie Française ganz offensichtlich zuwider. Zornig reagierte deshalb Mitte September 1997 die von der Académie protegierte, seit 1958 bestehende Association Défense de la Langue Française auf den Appell des jetzigen Ministre de l'Education nationale, des Sozialisten Claude Allègre, in Frankreich mehr und vor allem besser als bisher Englisch zu lernen. Für Claude Allègre müsse man aufhören, nur vom Kampf gegen die englische Sprache zu reden. Die puristische und nationalistische Kritik an dem Minister ging sogar so weit, ihm verfassungsfeindliches Handeln angesichts Artikel 2 Absatz 2 der Constitution Française vorzuwerfen.

Auslöser für diesen Verfassungsartikel von 1992, der das Französische als d i e Sprache der Französischen Republik festschreibt und damit den Schutz dieser Sprache verfassungsrechtlich fixiert, war, wie Petra BASELMANN (1999: 10) festgestellt hat, neben den Verträgen von Rom, die seit dem 1. Januar 1958 in Kraft sind, vor allem der Vertrag von Maastricht des Jahres 1992. Das Fortschreiten der Bemühungen um das Vereinte Europa ließ die Sorge um das Zurückdrängen des Französischen aus dem europäischen Diskurs wachsen. Denn die Zeiten, in denen die europäischen Institutionen wie die von Robert Schuman und Jean Monnet initiierte und 1950 gegründete Montan-Union – die Communauté européenne du charbon et de l'acier (CECA) also – das Französische als dominante offizielle Sprache privilegierten, waren vorbei. Unter Berufung auf Artikel 36 der Römischen Verträge von 1958, einen Artikel, der den Schutz der jeweiligen nationalen Güter sichert, sieht die Französische Republik ihre Nationalsprache als wesentlichen Bestandteil des patrimoine culturel national an.

12. Die Tatsache, dass das Französische seinen herausragenden Status innerhalb der Weltsprachen immer mehr einzubüßen drohte, rief massive Gegenreaktionen in Frankreich hervor. Die Verursacher dieser unbefriedigenden Situation waren wiederum schnell ausgemacht: Die Sprache, die Kultur, die Wissenschaften und die Technik, ja sogar das Rechtssystem Frankreichs seien von den USA und dem Angloamerikanischen unterwandert. Die allernotwendigste Reaktion auf diese Sachlage wurde gesehen sowohl in der massiven Verstärkung des französischen Hegemonieanspruchs in der Europäischen Gemeinschaft und in der sie ablösenden Europäischen Union als auch in der Unterminierung der Rivalität Großbritanniens, die spätestens mit dem Beitritt des Vereinigten Königreichs zur EG 1973

notwendig wurde. Immer wieder wird die Forderung nach der Förderung der Mehrsprachigkeit in Europa und in den europäischen Gremien erhoben. Nostalgische Reminiszenzen an die einstige Weltgeltung der französischen Sprache dürfen dabei nicht paralysieren. Es galt offensiv zu intervenieren, nicht zuletzt unter Einsatz bedeutender Geldmittel einschließlich der berüchtigten „Scheckbuchdiplomatie“. Alle Möglichkeiten werden dabei genutzt bis hin zur Förderung des Französischen als internationale Kommunikationssprache im Internet, das überdies eine zentrale Rolle bei der schnellen Ersetzung bestimmter englischer Termini durch gut gewählte französische Äquivalente spielt, wobei die Internetnutzer – die *internautes*, wie sie französisch benannt werden – ausdrücklich zur aktiven Mitarbeit bei der Schaffung solcher Äquivalente aufgefordert sind. International durchgesetzte Fachwörter wie *web-site*, *web-bar*, *Dico-web*, *homepage*, *internet*, *faxer* oder *surf*, *surfeur*, *surfeuse*, *surfer*, wie *blue-jeans*, *shopping*, *show-biz*, *cool*, *gadget*, *pop*, *rock*, *le bug de l'an 2000* werden kaum noch attackiert. Schwer verständliche, zu lange, oft künstlich anmutende französische Ersatzwörter, die zudem erst vorgeschlagen wurden, nachdem die Angloamerikanismen schon in Frankreich verfestigt waren, haben wenig Chancen, akzeptiert zu werden.

13. Wir deuteten bereits an, dass die französische Sprachgesetzgebung von vielen ausländischen, aber auch von französischen Kritikern mit dem Vorwurf des Anti-Europäismus, der Europafeindlichkeit also, belegt wurde. Insbesondere das Sprachgesetz von 1994 galt und gilt für viele Kritiker „als Integrationshindernis für Europa“, wie es Petra BRASELMANN (1999: 128) formuliert hat. Dagegen betonen Vertreter des offiziellen Frankreich immer wieder die Europa-Fähigkeit dieses Landes. Dies schließt aber keinesfalls aus, dass Frankreich gleichzeitig alles unternimmt, um sich seinen Sonderstatus in Europa nicht nur sprachlich zu sichern und sogar weiter auszubauen.

Diese Haltung Frankreichs im Rahmen der Bemühungen um die europäische Integration hat, wie wir schon andeuteten, vielfach Verwunderung hervorgerufen angesichts der Tatsache, dass sich Frankreich unmittelbar nach 1945 viel tatkräftiger als die anglophonen Staaten für die europäische Idee engagiert hat. Auffällig ist dabei das Weiterwirken und Verfolgen zweier gegenläufiger Tendenzen in der Mentalitätsgeschichte Frankreichs. Einerseits ist in Frankreich die bewusste Pflege des Nationalbewusstseins, das die große Französische Revolution von 1789 immens befördert hatte, und damit die Wahrung der nationalen Identität ein Muss. Andererseits ist die Europa-Idee, die Idee eines Vereinten Europa, die Idee der europäischen

Integration und Konföderation – was oft übersehen wird – auch ein Kind der französischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts. Diese Ideen sind bereits ausgeführt im Werk des Abbé Charles Irénée Castel de Saint-Pierre (1658-1743). Dieser Abbé de Saint-Pierre hat zwischen 1712 und 1717 *Mémoires und Projets pour rendre la paix perpétuelle en Europe* verfasst. Angesichts der ständig geführten Kriege ging es Saint-Pierre in erster Linie um die Sicherung des Friedens auf dem Kontinent, verbunden mit dem Gedanken einer europäischen Konföderation. Das zeitgenössische Echo auf diese Gedanken war unterschiedlich. Während Voltaire diese Pläne noch für weltfremd und utopisch hielt, sie sogar ironisch abqualifizierte, hat Jean-Jacques Rousseau äußerst positiv auf diese Gedanken reagiert. Rousseau legte 1761 eine umfangreiche kritische Analyse der Friedens- und Konföderationsvorstellungen des Abbé Saint-Pierre vor (vgl. dazu BAHNER 1977). Vonnöten ist in diesem Zusammenhang auch der Verweis auf Romain Rolland (1866-1944), der innerhalb seiner europäischen Gesinnung 1923 die bekannte literarische Monatsschrift „Europe“ begründete, die offen war für alle geistigen Strömungen aller europäischen Länder, sofern sie dem Humanismus und dem Universalismus verpflichtet waren.

14. Die Auseinandersetzungen um die europäische Gesinnung sind in Frankreich bis heute lebendig. In den fünfziger Jahren ging es u.a. auch gegen das Coca-Cola-Monopol; eine wütende Kampagne gegen die Coca-Cola-Colonisation wurde entfacht, sie wirkt bis heute nach. Weitere mehr oder weniger scharfe Reaktionen auf die ökonomische, politische, mentale und auch sprachliche Dominanz der USA in Europa sind dabei in Frankreich auf der Tagesordnung. Im August 1999 gingen Bauern in Südfrankreich – in Millau vor allem, einem Hauptort des Département Aveyron – gewaltsam gegen eine sich im Aufbau befindende Filiale der Restaurantkette McDonald's vor. Es gibt in Frankreich heute mehr als 700 Filialen dieser Kette, selbst auf den Champs-Élysées und neben Notre-Dame in Paris. In Deutschland wurde übrigens in diesen Tagen die tausendste Filiale dieser McDonald's-Kette eröffnet. Die südfranzösischen Bauern protestierten zunächst energisch gegen die hundertprozentige Erhöhung der amerikanischen und kanadischen Einfuhrzölle auf ihre Hauptprodukte, auf den weltbekannten Roquefort, auf die Gänseleberpastete (den foie gras) und auf den luftgetrockneten Bauernschinken (den jambon séché). Die Proteste richteten sich zugleich gegen die Bedrohung der französischen Esskultur, gegen genmanipulierte Nahrungsmittel, gegen hormonverseuchtes Rindfleisch, das McDonald's importiert. Unter der Losung „Mc Do,

c'est le symbole de la multinationale et de la malbouffe américaine" – also „Nieder mit den Multinationalen und dem amerikanischen Fraß, dem Hollywood der Küche" – demonstrierten die Bauern aus dem Rouergue, wie alle französischen Zeitungen ausführlich berichteten. Der Anführer des modernen südfranzösischen Bauernaufstandes, der Bauer José Bové, ist inzwischen zum Volkshelden avanciert, nachdem ihn eine ausnahmsweise unerbittliche Justiz für drei Wochen ins Gefängnis geworfen hat. Der weite Teile Südfrankreichs erfassende Protest richtete sich somit nicht mehr nur gegen die US-Sanktionen, sondern auch gegen die amerikanischen „Globalisten" und gegen die „Brüsseler Eurokraten", die der Vorwurf traf, die staatliche Souveränität und die kulturelle Eigenständigkeit Frankreichs zu gefährden. Immer noch mangelnde Transparenz dessen, was in der EU geschieht oder nicht geschieht, befördert diese Antihaltung.

15. Im sprachlich-kulturellen und vor allem im politischen Bereich hat jüngst der 8. Francophoniegipfel, der vom 3. bis 8. September 1999 in Moncton, einer Universitätsstadt in der francophonen kanadischen Provinz Nouveau Brunswick, getagt hat, von sich reden gemacht. Die Internationale Francophonie-Organisation, der heute 52 Mitgliedsstaaten angehören, wird bekanntlich seit dem 16. November 1997 von dem Ägypter Boutros-Ghali als Generalsekretär geführt. Es war sicher kein Zufall, dass dieser weltbekannte Politiker, der am 1. Januar 1997 auf massiven Druck der USA und ihrer Außenministerin Madeleine Albright von seinem Amt als Generalsekretär der Vereinten Nationen, das er seit 1991 bekleidete, abgewählt worden war, nunmehr die Geschicke dieser französischen Organisation leitet. Er vermittelt beachtliche, vor allem politische Impulse für den Ausbau des Französischen als internationales Kommunikationsmittel, besonders auch in Richtung Afrika, eines Kontinents, in dem Frankreich in den letzten Jahren wichtige Positionen an die USA verloren hat.

In diesem Kontext lässt auch eine andere Meldung aufhorchen, die am 20. September 1999 über einige Medien ging: In der italienischen Toscana, in der Nähe von Arezzo, traf ein Gremium zusammen, um – wie es hieß – „der Amerikanisierung des geistigen und kulturellen Lebens entgegenzuwirken durch die Gründung einer Accademia della latinità", die wahrscheinlich in Bologna etabliert werden soll. An diesen Beratungen hat offenbar auch Catherine Trautmann, Kulturministerin im Kabinett von Lionel Jospin teilgenommen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass diese neue Akademie Impulse vermitteln wird für die stärkere Entwicklung des romanischen Latinitätsbewusstseins als Gegenpol gegen die Dominanz der

16. Im zu Ende gehenden Jahr 1999 wurde im Sprachenstreit in der Europäischen Union eine weitere Runde eröffnet. Den neuen Streit haben die Bundesrepublik Deutschland und Österreich vom Zaun gebrochen mit ihrem Einspruch gegenüber der EU, die sich in nur informellen Tagungen auf die Verwendung der Verkehrssprachen Englisch und Französisch konzentriert und dadurch, wie gemunkelt wird, die Aushebelung des Deutschen betreibe. Viele, unter ihnen der neubestallte deutsche EU-Kommissar Günter Verheugen, sehen in dieser Zurücksetzung der deutschen Sprache nicht zuletzt Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft. Der neuerliche Sprachenstreit in der EU unter der bis Ende 1999 währenden finnischen Ratspräsidentenschaft wird ebenso scharf weitergeführt durch die Außenminister Spaniens und Italiens. Abel Matutes und Lamberto Dini forderten Anfang September, dass in den Beratungen der informellen Ministertreffen auch Spanisch und Italienisch gedolmetscht werden müsse, falls es deutsche Übersetzungen gäbe. In dieser Kontroverse verwies Joschka Fischer darauf, dass Deutsch bei den informellen Treffen der Außenminister schon seit Jahren als dritte Arbeitssprache diene. Kurioserweise gaben sowohl Fischer als auch Matutes einen Teil ihrer Ausführungen in englischer Sprache ab. Bislang wurde eine Einigung, wie zu erwarten war, nicht erzielt. Die Bundesregierung beharrt nach wie vor auf ihrem Standpunkt, weil sie fürchtet, dass die Sprachmittlung in Deutsch sonst auch bei anderen technischen Beratungen von Fachbeamten abgeschafft wird, wodurch Deutschland bei wichtigen Verhandlungen gravierende Nachteile erwachsen könnten. Hingegen wird bei den regulären Zusammentreffen der Außen- bzw. Wirtschafts- und Finanzminister in Brüssel oder Luxemburg in alle elf Amtssprachen²⁸ der EU gedolmetscht. Offenbar hat der finnische Präsident der EU-Ratstagung in Tampere, Paavo Lipponen, am 17. Oktober 1999 das Richtige getroffen, wenn er in Bezug auf den Sprachenstreit in der EU in einem deutsch geführten Interview feststellt: „Ich bin auch der Meinung, dass Deutsch prinzipiell dieselben Rechte haben sollte wie die anderen großen Sprachen. Es ist nur ein praktisches Problem, weil sich das

²⁸ Teil der Institutionen der EU ist ein aufwendiger „Sprachendienst“, der aus den institutionell streng getrennten Bereichen „Übersetzungsdienst“ und „Dolmetscherdienst“ besteht. Im Sprachendienst der EU sind mehr als 3 000 Beamte tätig: 1 200 Übersetzer, Terminologen und „Überprüfer“ in der Europäischen Kommission; dazu 500 im Europarat, 400 im Europäischen Parlament und 120 im Wirtschafts- und Sozialausschuss; daneben gibt es 650 beamtete Dolmetscher. Das sind fast fünfundzwanzig Prozent aller EU-Beamten mit Hochschulausbildung (vgl. DEBUS 1996: 8; dort unter Verweis auf Arbeiten von Walter VOLZ, der über dreißig Jahre im Übersetzungsdienst der EG/EU tätig ist). Die elf Amtssprachen der gegenwärtig 15 Mitgliedsstaaten der EU sind: Dänisch, Deutsch, Englisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Italienisch, Niederländisch, Portugiesisch, Schwedisch, Spanisch.

Sprachenproblem in der Union ohne Plan entwickelt hat. Wir müssen diese Frage zusammen lösen“ („Berliner Zeitung“ vom 18. Oktober 1999, S. 8).

Nicht nur indirekt berührt der neue Sprachenstreit innerhalb der EU offenbar das deutsch-französische Verhältnis. Stimmen aus Österreich sprechen sogar offen aus, der neue Sprachenstreit sei gegen Frankreich gerichtet. In den letzten Monaten war das deutsch-französische Verhältnis bekanntlich Belastungen ausgesetzt, nicht zuletzt wegen des Schröder-Blair-Papiers vom Juni 1999. Die Hartnäckigkeit, mit der Deutschland in dem Sprachenstreit auftritt, beunruhigt in Paris. Seit der deutschen Wiedervereinigung und der Nach-Kohl-Ära vernimmt man in Paris wachsende deutsche Hegemonieansprüche. Wie der ständige Sekretär der Académie Française, Maurice Druon, Ende September 1999 in einem Beitrag in „Le Figaro“ geäußert hat, habe die Bundesrepublik unter Helmut Kohl immer maßvoll gehandelt. Gerade der Streit um Deutsch als EU-Verhandlungssprache ist für Maurice Druon ein bedenkliches Zeichen. Es bestehe Anlass, vor Deutschland zu warnen.²⁹ Dennoch: Trotz aller Unkenrufe funktioniert das deutsch-französische Verhältnis, auch wenn Frankreich kein einfacher Partner für Deutschland ist wie umgekehrt Deutschland für die Französische Republik. Zuversichtlich stimmt für die weitere Entwicklung der Beziehungen auch die Tätigkeit des seit 1997 bestehenden und von Brigitte Sauzay, der Chefdolmetscherin Pompidous und Mitterrands, gegründeten „Berlin-Brandenburgischen Institut für deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa“ in Genshagen bei Berlin. Dort haben sich im September 1999 Gerhard Schröder und Lionel Jospin zu Beratungen getroffen und sich einander angenähert.

17. Das immer deutlicher wachsende französische nationale Selbstbewusstsein, der souverainisme – der für die Franzosen nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit ist – wird, wie schon angedeutet wurde, vor allem von unten, von einer Volksbewegung getragen. Die sogenannten „Eurokraten in Brüssel“, die „Brüsseler Spitzen“, die „ausgetrockneten Brüsseler Bürokraten“, die „Frankreichbevormunder“ bieten zunehmend Angriffsflächen. Die Europawahlen am 13. Juni 1999 setzten auch in Frankreich ein Fanal. Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten erschien in Frankreich nicht zur Wahl. Von denen, die gewählt haben,

²⁹ Auch die im Oktober 1999 verkündeten Thesen des in Karlsruhe lehrenden Philosophen Peter Sloterdijk in seinem Elmauer (Oberbayern) Vortrag „Regeln für den Menschenpark“, in dem Sloterdijk zu Anthropotechniken und deren ethischer Bewertung Stellung bezog, enthalten ein Vokabular, das sich von gewissen Tabus der nationalsozialistischen Vergangenheit frei macht und in Frankreich für Beunruhigung

votierten über vierzig Prozent offensichtlich gegen die Verträge von Maastricht (1992) und von Amsterdam (1997) und damit gegen Brüssel. Kleine Parteien kamen mit europafeindlichen Parolen zu beachtlichen Erfolgen und sitzen nunmehr im Europaplenum in Strasbourg. Dies gilt insbesondere für den Rassemblement pour la France (RPF), einer Partei, die erst 1999 von Charles Pasqua, einst führendes Mitglied des gaullistischen Rassemblement pour la République (RPR), und Philippe de Villiers gegründet wurde und auf Anhieb mehr als zehn Prozent Stimmen errang. In dieser neuen Partei dominiert Kritik am Europakonzept, wie sie von Philippe de Villiers in seinem Buch „La machination d' Amsterdam“ geäußert wurde: „Les tenants de l' Euroland veulent dissoudre la France. Plus d'Europe, c'est chaque fois moins de France“. Dem „Euro-optimisme“, wie ihn dagegen Alain Duhamel in seinem Buch „Une ambition pour la France“ bekundet, - Europa biete für Frankreich große Chancen - , bleibt somit wenig Raum. Staatspräsident Jacques Chirac, der nie ein fanatischer Europäer gewesen ist – wie dies seine Amtsvorgänger Valéry Giscard d'Estaing (Staatspräsident 1974-1981) und François Mitterrand (Staatspräsident 1981-1995) waren – bleibt bis heute eher ein Euroskeptiker. So feierte Chirac Ende August 1999 vor 167 französischen Botschaftern die Nation als den „durch nichts zu ersetzenden privilegierten Hort der Tat und des kollektiven Traumes“. Er lenkte zugleich den Blick von Brüssel auf einen neuen außenpolitischen Horizont, in dem Frankreich eine führende Position einzunehmen gedenkt, nämlich auf den bevorstehenden sogenannten ersten Gipfel aller Staats- und Regierungschefs des Mittelmeerraumes (vgl. „Berliner Zeitung“ vom 1.9.1999, S. 4), auf dessen Ergebnisse man gespannt sein darf.

Der aktuelle französische souverainisme – der „Souveränitätsanspruch“ – ist sicher auch durch Meldungen wie die folgende negativ betroffen: Der Chef der französischen Presseagentur Agence France Press (AFP) ist seit dem 14. Juni 1999 der Engländer Eric Wishart, bislang Leiter der AFP-Direktion in Hongkong. Die Agentur, die im harten Konkurrenzkampf steht mit der britischen Agentur Reuters und der USA-Agentur Associated Press, hat somit erstmals in ihrer mehr als 150jährigen Geschichte einen englischsprachigen Chefredakteur. Auf der gleichen Linie liegt auch die Meldung, dass die bedeutende konservative französische Tageszeitung „Le Figaro“ teilweise in den Besitz von US-Aktionären übergegangen ist im Einvernehmen mit der allmächtigen Verlegerfamilie Robert Hersant, die große Teile der französischen Printmedien und auch Teile des französischen Fernsehens beherrscht.

gesorgt hat. Diese Thesen sind Wasser auf die Mühlen derer, die in Frankreich ein antideutsches Klima schaffen oder unterstützen.

Auch die am 14. Oktober 1999 in Strasbourg bekannt gegebene Fusionierung der beiden großen deutschen und französischen Luftfahrt- und Raumfahrtkonzerne, nämlich der Daimler-Chrysler-Tochter DASA und der Aérospatiale Matra, lässt aufhorchen. Der neue Konzernname ist natürlich wieder englisch, European Aeronautic Defense and Space Company (EADS) mit 90 000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 21 Milliarden Mark. Lionel Jospin hat mit der Billigung dieses Namens sicherlich dem französischen souverainisme keinen guten Dienst erwiesen.

Im Vorfeld einer internationalen Konferenz, die von der 1995 gegründeten und in Genf ansässigen World Trade Organisation (WTO), die den GATT, also das 1948 gegründete Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen, abgelöst hat, in Seattle in den USA veranstaltet worden ist – 135 Staaten hatten sich dort am 30. November 1999 zusammengefunden –, erregte das energische Eintreten Frankreichs u.a. für die „exception culturelle“ oder die „diversité culturelle“, ja sogar die „souveraineté culturelle“ große Aufmerksamkeit. Frankreich besteht nach wie vor in Bezug auf die offenbar bevorstehende totale Liberalisierung auch des kulturellen Weltmarktes und damit die Überführung auch der Kultur zu einer bloßen Ware auf dem Recht, Quoten festzulegen als Schutzmaßnahme gegen den unbeschränkten „envahissement des programmes américains“ im audiovisuellen Bereich, also im Film-, TV- und Internetbereich. Frankreich geht es um die kulturelle Selbstbehauptung, die Bewahrung der kulturellen Diversität, um den Schutz der „variété des cultures nationales face au laminage d'Hollywood“, also vor der alles plattmachenden Dampfwalze Hollywood, vor der kulturellen Hegemonie der USA (vgl. „Libération“ vom 26. Oktober 1999, S. 3). Frankreich sperrt sich somit gegen die Behandlung der „culture comme une marchandise, comme les autos“, wie dies offensichtlich von den USA gewünscht wird. Frankreich beklagt die negativen Folgen der Globalisierung, für die die WTO in erster Linie verantwortlich gemacht wird, insbesondere aber die Tatsache, dass verschiedene europäische Staaten und insonderheit die EU ziemlich gleichgültig in diesen zentralen Angelegenheiten reagieren. Vor allem der Widerstand gegen die angloamerikanische Dominanz auf dem kulturellen Sektor sei nicht ausreichend entwickelt, allein Kanada unterstützt lebhaft die französischen Bemühungen.

18. Dennoch: Trotz aller Kontroversen um Sprachfragen in der Europäischen Union ist festzuhalten, dass in den Organen und Gremien der EU grundsätzlich noch immer die pluralistische Sprachenregelung besteht. Mindestens e i n e Amtssprache der fünfzehn

Mitgliedsstaaten zählt zu den – zumindest theoretisch – gleichberechtigten Amtssprachen und Arbeitssprachen der Union. In der alltäglichen Praxis ist die Situation allerdings doch eine andere. Michael SCHLOSSMACHER konnte 1997 in seiner in zweiter Auflage erschienenen Monographie „Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft“ zeigen, dass Englisch und Französisch mit weitem Abstand vor Deutsch im täglichen Gebrauch der Beamten der Union und der Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind. Befragungen der Sprachmittler des Ministerrates und der Kommission der EU sowie des Europäischen Parlaments ergaben dafür bemerkenswerte Aufschlüsse. Auf die Sprachenpolitik in der Europäischen Union ist auch Max Hans-Jürgen MATTUSCH in seiner 1999 erschienenen Arbeit „Vielsprachigkeit: Fluch oder Segen für die Menschheit? Zu Fragen einer europäischen und globalen Fremdsprachenpolitik“ eingegangen. Er kommt im Bezug auf die europäischen Behörden zu ähnlichen Feststellungen wie SCHLOSSMACHER 1997.

Die Dominanz des Englischen wird nicht nur hier sichtbar gemacht. Die Hegemonie der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Europa und damit auch in den europäischen Gremien ist nicht die geringste Ursache für diesen Zustand.

Höchst Erstaunliches zu dieser Problematik kam im Juni 1999 auf einer internationalen Konferenz zur Sprache, die unter dem Titel „1989 – Ten Years After“, also zehn Jahre nach dem fundamentalen gesellschaftspolitischen Umbruch in Ost- und Mitteleuropa veranstaltet wurde. Diese vom Institut für die Wissenschaft vom Menschen getragene Tagung war hochkarätig besetzt, unter anderen mit Vaclav Havel, Tadeusz Mazowiecki, Adam Michnik, Victor Orban und Zbigniew Brzezinski. Der Letztgenannte war einst der außenpolitische Berater des USA-Präsidenten Jimmi Carter. Brzezinski erregte erhebliches Aufsehen gleich zu Beginn der Konferenz mit seiner barschen Feststellung: Zehn Jahre nach dem Sturz der kommunistischen Regime sei Europa noch lange nicht Europa. Europa sei immer noch „ein Protektorat der USA – politisch, militärisch und kulturell“ (vgl. „Berliner Zeitung“ vom 30.6.1999, S 11/12). Diese Feststellung gibt in der Tat Anlass zum Nachdenken darüber, ob Äußerungen Brzezinskis Tatsächliches beschreiben oder weit übertrieben sind. Die Antworten auf diese Fragen werden verschieden ausfallen je nach den Grundpositionen, die jeweils eingenommen werden. Faktum bleibt indessen, dass über die Hälfte der Franzosen ihr Wahlverhalten am 13. Juni 1999 in den Europawahlen von der im Lande verbreiteten Losung bestimmt sehen, dass Europa eine Filiale der USA sei.

19. Nach der Etablierung des Euro als europäische Einheitswährung am 1. Januar 1999 in elf von den fünfzehn Staaten der Europäischen Union ging es auch um die treffende Bezeichnung des Geltungsbereichs der Einheitswährung, also des „espace monétaire européen“ oder der „aire d'application de l'euro“. Die Banken der USA waren schnell zur Hand mit einem Bezeichnungsvorschlag: Euroland analog zu europäischen Ländernamen wie Ireland oder Finland. Auch Disneyland mag eingewirkt haben. Die Bezeichnung Euroland wurde nun ins Französische importiert, vor allem in der Schreibung Eurolande. Die national gesinnte Académie Française lehnte diesen Benennungsvorschlag sofort und rundweg ab³⁰, unter Verweis auf die nicht zu leugnende Tatsache, dass es ja ‚dollarland‘ und ‚sterlingland‘ auch nicht gäbe. Die Académie lancierte deshalb am 7. Januar 1999 ihr Angebot zone euro, das sich allmählich durchsetzt, weil es gebildet ist analog nach zone franc oder zone mark. Zone Euro ist heute verbindlich für Frankreich und die gesamte Francophonie.

20. Abschließend können wir zusammenfassend feststellen, dass es für zahlreiche Franzosen im mehrsprachigen Kontext des sich bildenden Europa gilt, engagiert einzutreten für die Bewahrung und die Förderung der eigenen Sprache. Dabei geht es zugleich um die Bewahrung der von dieser Sprache ausgedrückten Kultur. Die französische Sprache ist nachgerade das kulturelle Gedächtnis des französischen Volkes. Das Vernachlässigen oder gar das Aufgeben der Sprache verläuft dagegen in nahezu fatalistischer Weise parallel mit der Aufgabe und der Negierung der durch diese Sprache repräsentierten Kultur. Daher muss die Vielsprachigkeit Europas für die künftige Entwicklung des Kontinents einerseits eine Chance gesellschaftspolitischer und kulturpolitischer Profilierung bleiben, andererseits ist sie auch eine Herausforderung sprachpolitischer, sprachenpolitischer und bildungspolitischer Art für jeden einzelnen Mitgliedsstaat.

Frankreich hat mit hohem nationalem Selbstbewusstsein, mit dem vielbeschworenen souverainisme, auf spezifische Weise diese Herausforderung offensiv angenommen,

³⁰ Maurice Druon, bis Ende 1999 Secrétaire perpétuel der Académie Française, ist in Sprachfragen immer äußerst kompromisslos. Dies zeigt u.a. die Streitschrift, die er 1994 gegen die zunehmende Verlüderung des Ausdrucks veröffentlicht hat. In seiner „Lettre aux Français sur leur Langue et leur âme“ (Paris 1994) legt er sich an mit den aktuellen Verschandelungen des Französischen, auch in der Werbung. Gemeint ist der fragwürdige Neologismus positiver „Günstig, positiv einkaufen; viel Plus machen“ in Werbetexten wie „Avec Carrefour je positive“. Druon scheut nicht die direkte Auseinandersetzung mit Kaufhausdirektoren, deren Werbeplakate unglaubliche Sprachschnitzer befördern wie je positive. Druon versteigt sich zu der Feststellung, dass solche Leute ihre eigene Mutter misshandeln würden, wenn sich dadurch Kundschaft gewinnen ließe.

offensichtlich viel engagierter, viel konsequenter und viel selbstbewusster³¹ als andere Staaten in Europa. Pessimismus sollte indessen nicht um sich greifen, sofern wir das paradox erscheinende Wort des spanischen Schriftstellers Mario BENEDETTI beherzigen: Un pessimista es un optimista bien informado (vgl. „Cambio“ vom 16.9. 1999). Ein Pessimist wäre demnach ein wohlinformierter Optimist, und dabei sollte es wohl bleiben.

Die Problematik der Rolle der Sprachen im gemeinsamen europäischen Haus gewinnt somit immer mehr an Aktualität und an Brisanz. Wenn die Europa-Idee bei den europäischen Völkern fester und überzeugender Fuß fassen soll als in der Vergangenheit, wird sich herausstellen, dass in diesem europäischen Haus nicht zuletzt sprachliche Vielfalt herrschen muss, dass sich somit das Beherrschen und der Einsatz verschiedener Sprachen als Instrument der Gleichberechtigung und der Toleranz erweist. Dies hat soeben der Katalane Miguel SIGUAN in seinem spanisch verfassten und 2001 in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Die Sprachen im vereinten Europa“ nachdrücklich zu zeigen versucht. Hegemonieansprüche und sprachlicher Imperialismus sollten kein Wohnrecht in diesem gemeinsamen Haus Europa haben. Dafür sollten auch wir als Linguisten und Interlinguisten uns nachdrücklicher und weniger kompromissbereit einsetzen. Der von der EU-Kommission unterbreitete Vorschlag, das Jahr 2001 zum „Europäischen Jahr der Sprachen“ auszurufen, bietet ausgezeichnete Möglichkeiten für den engagierten Einsatz auch unserer Kräfte.

Literatur

ABALAIN, Hervé (1989): Destin des langues celtiques. Paris: Ophrys

ABALAIN, Hervé (1998): Histoire des langues celtiques. Paris: Giserot

ARNTZ, Rainer (1998): Das vielsprachige Europa. Eine Herausforderung für Sprachpolitik und Sprachplanung. Hildesheim: Universitätsbibliothek

³¹ Auf der dominanten Rolle des Französischen in der 187 Mitgliedsstaaten umfassenden Unesco, die in Paris ihren Sitz hat und aus der die USA, Großbritannien und Singapur 1984 ausgetreten sind – nur Großbritannien kehrte 1997 in die Organisation zurück – , hat Frankreich immer bestanden. Frankreich war eines der Gründungsmitglieder dieser Organisation. Der Hegemonieanspruch der französischen Sprache in der Unesco zeigte sich wieder in diesen Tagen. Mitte November 1999 ist das Mandat des jetzigen Generaldirektors, des seit 1987 im Amt befindenden Spaniers Federico Mayor, ausgelaufen. Elf Kandidaten für das Amt waren nominiert worden. Frankreich verlangte, dass der zukünftige Generaldirektor Kompetenz in der französischen Sprache besitzt, denn die meisten Arbeitsberatungen finden, ohne dass gedolmetscht wird, in französischer Sprache statt. Am 20. Oktober 1999 gewann der japanische Botschafter in Paris, Koichiro, die Wahl im dritten Wahlgang. 34 der 58 Mitglieder des Exekutivrates der Unesco stimmten schließlich für ihn.

BAHNER, Werner (1977): Die Friedensideen der französischen Aufklärung. In: BAHNER, Werner: Formen, Ideen, Prozesse in den Literaturen der romanischen Völker. Band 2. Berlin: Akademie-Verlag, 85-185

BORETZKY, Norbert/ENTNINGER, Werner/STOLZ, Thomas (1996, Hrsg.): Areale, Kontakte, Dialekte. Sprachen und ihre Dynamik in mehrsprachigen Situationen. Essener Beiträge zur Sprachwandelforschung. Bochum: Brockmeyer

BRASELMANN, Petra (1999): Sprachpolitik und Sprachbewußtsein in Frankreich heute. Tübingen: Niemeyer

BRUCHET, Josseline (1996): Langue française et francophonie. Répertoire des organisations et associations oeuvrant pour la promotion de la langue française. Paris: CILF

BURR, Elisabeth (1999): Geschlechtergerechter Sprachgebrauch in Frankreich. Was bestimmt die Sprachpolitik? In: Grenzgänge 6, 11, 133-153

CHRISTMANN, Hans-Helmut (1978): Antoine de Rivarol und Johann Christoph Schwab *pari passu*. In: THOMAS, Johannes (1978, Hrsg.): *Studia neolatina*. Festschrift für Peter M. Schon. Aachen: Mayer 24-37

DEBUS, Friedhelm (1996): Sprachprobleme im Vereinigten Europa. In: HARDER, Andreas/SCHMIDT-RADEFELDT, Jürgen (1996, Hrsg.) 7-22

DENIAU, Xavier (1995): La francophonie. Paris: PUF

DRUON, Maurice (2000): Le bon Français. Paris : Editions du Rocher

DUNETON, Claude (2000) : La mort du français. Paris : Plon

DUTOURD, Jean (2000) : A la recherche du français perdu. Paris : Plon

ECKKRAMMER, Eva Martha (1996): Literarische Übersetzung als Werkzeug des Sprachausbaus: am Beispiel Papiamentu. Bonn: Romanistischer Verlag

FRANK, Helmar (1999): Europa so – oder besser? Anstöße zu Diagnose und Therapie. Eine Denk- und Streitschrift zur letzten Europawahl des Jahrtausends. Paderborn: Arbeitskreis für liberale europäische Sprachpolitik e.V.

GREULE, Albrecht/LEBSANFT, Franz (1998, Hrsg.): Europäische Sprachkultur und Sprachpflege. Tübingen: Narr

HARDER, Andreas/SCHMIDT-RADEFELDT, Jürgen (1996, Hrsg.): Europäische Sprachen im Kontakt. Rostock: Universität Rostock

HENDRICH, Imke (1997): Tausende Sprachen verklingen. In: „Oschatzer Allgemeine Zeitung“ 25.8.1997, 7

HENTSCHEL, Gerd (1997, Hrsg.): Über Muttersprachen und Vaterländer. Zur Entwicklung von Standardsprachen und Nationen in Europa. Frankfurt/Main-Bern-Berlin-New-York-Wien: Lang

HOINKES, Ulrich (1991): Philosophie und Grammatik in der französischen Aufklärung. Untersuchungen zur Geschichte der Sprachtheorie und französischen Grammatikographie im 18. Jahrhundert in Frankreich, Münster: Nodus

Institut National de la Langue Française (1996, Ed): La documentation française. Guide sur la féminisation de circa 2200 titres, professions et noms de métier. Nancy: INALF

KLARE, Johannes (1998): Französische Sprachgeschichte. Stuttgart: Klett

KLEIN, Pierre (1998): La question linguistique alsacienne de 1945 à nos jours. Strasbourg: SALDE

KREMnitz, Georg (1997): Möglichkeiten und Grenzen von Sprachpolitik für Minderheiten. Annäherung an eine Typologie. In: Quo vadis Romania? Zeitschrift für eine aktuelle Romanistik 10, 7-23

LEBSANFT, Franz (1997): Spanische Sprachkultur. Studien zur Bewertung und Pflege des öffentlichen Sprachgebrauchs im heutigen Spanisch. Tübingen: Niemeyer

LESSAY, Jean (1989): Rivarol. Paris: Plon

LÖSCH, Hellmut (1997): Zweisprachigkeit im Elsaß und Lothringen – gestern, heute und auch morgen? Versuch einer Bilanz. Wien: Edition Praesens

MATTHEIER, Klaus J. (1991, Hrsg.): Ein Europa – Viele Sprachen. Kongressbeiträge zur 21. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik GAL e.V. Frankfurt/Main u.a.: Lang

MATTUSCH, Max Hans-Jürgen (1999): Vielsprachigkeit – Fluch oder Segen für die Menschheit? Zu Fragen einer europäischen und globalen Fremdsprachenpolitik. Frankfurt/Main-Berlin-Bern-New York-Paris-Wien: Lang

NOLL, Volker (1999): Die mediterrane lingua franca. In: GREINER, Norbert/KORNELIUS, Joachim/ROVERE, Giovanni (1999, Hrsg.): Texte und Kontexte in Sprachen und Kulturen. Festschrift für Jörn ALBRECHT. Trier: Wissenschaftlicher Verlag, 219-227

OPPELN, Sabine von (1998): Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Europa – das Ende einer privilegierten Beziehung? In: l'endemain 23, 89, 1998, 131-140

PÖLL, Bernhard (1998): Französisch außerhalb Frankreichs. Geschichte, Status und Profil regionaler und nationaler Varietäten. Tübingen: Niemeyer

SAUZAY, Brigitte (1999): Retour à Berlin. Ein deutsches Tagebuch. Berlin: Siedler-Verlag

SCHIEWE, Jürgen (1998): Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart. München: Beck

SCHLOSSMACHER, Michael (1997): Die Amtssprachen in den Organen der Europäischen Gemeinschaft. Status und Funktion. Frankfurt/Main u.a.: Lang

SIGUAN, Miquel (2001): Die Sprachen im vereinten Europa. Aus dem Spanischen übersetzt von Silvia Parra BELMONTE. Tübingen/Leipzig: Stauffenburg

STEIN, Peter (2000, Hrsg.): Frankophone Sprachvarietäten / Variétés linguistiques francophones. Hommage à Daniel BAGGIONI. Tübingen: Stauffenburg

STOROST, Jürgen (1994): Langue française – langue universelle. Diskussion über die Universalität des Französischen an der Berliner Akademie der Wissenschaften. Zum Geltungsanspruch des Deutschen und Französischen im 18. Jahrhundert. Bonn: Romanistischer Verlag

VETTER, Eva (1997): Nicht mehr Bretonisch? Sprachkonflikt in der ländlichen Bretagne. Frankfurt/Main u.a.: Lang

WILLS, Wolfram (2000, Hrsg.): Weltgesellschaft – Weltverkehrssprache – Weltkultur. Globalisierung versus Fragmentierung. Tübingen/Leipzig: Stauffenburg

Zeitschrift für Anglistik und Amerikanistik. Themenheft Linguistik. Heft 2:1999: 11+X=1 ?
The Language Situation in Europe. Tübingen/Leipzig: Stauffenburg

ZIMMERMANN, Klaus (1996): Spanisch-amerindische Sprachkontakte. In: BORETZKY, Norbert/ENNINGER, Werner/STOLZ, Thomas (1996, Hrsg.)